

hung Christi. Es war unvermeidlich, daß Bischöfe (wie z. B. Leonhard von London), die gegen Liberalismus in der Kirche waren, auch die Politik der Regierung unterstützten. Bischof Jenkins von Durham dagegen sagte am Ostersonntag 1988, daß die Politik der Thatcher-Regierung ein Übel sei. Die prophetischen Aussagen waren also gegensätzlich. Das wurde besonders während des Falklandkrieges deutlich, als so viele Menschen auf beiden Seiten unnötig starben. Erzbischof Runcie von Canterbury, der gegen eine Siegesfeier in der St. Pauls Cathedral protestierte, wurde von vielen als unpatriotisch angesehen.

Aber manchmal wurde die wahre prophetische Stimme der Kirche deutlich gehört. Vielleicht das wichtigste Dokument der Kirche in den letzten Jahren war „Glauben in der Großstadt“ (Faith in the City), ein Bericht der Archbishop of Canterbury's Advisory Group on Urban Priority Areas. Hier sprach die Kirche nicht nur prophetisch, sondern auch praktisch. Obwohl die strukturellen Probleme nicht behandelt wurden, machte der Bericht konkrete Vorschläge für Regierung und Kirche, wodurch Ungerechtigkeiten in einzelnen Bereichen der Großstädte überwunden werden konnten. Die Regierung reagierte sehr stark gegen den Bericht und hat ihn sogar als ideologisch und marxistisch bezeichnet. Aber trotzdem wurde in diesem Fall die prophetische Stimme der Kirche gehört und dadurch ein neues Bewußtsein für das Volk und auch für die Regierung geschaffen. Ein Erfolg des Berichtes war, daß die Regierung neue Initiativen in der Großstadt setzte und dabei zum Teil mit den Kirchen zusammenarbeitete.

Die Haltung der Kirchen während dieser Jahre hat auch mitgeholfen, dem Volk die Augen zu öffnen. Die Kirchen sprachen mit einer Stimme gegen die „Kopfsteuer“, die 1989 eingeführt wurde. Diese Steuer war extrem ungerecht, weil Reich und Arm in einer bestimmten Gegend die gleiche jährliche Summe an die örtliche Regierung bezahlen mußten. Sogar die Allerärmsten, die kein Einkommen haben und von Sozialzuschüssen leben, mußten noch 20% der Steuer zahlen. Die Regierung war der Auffassung, daß in einer freien Marktwirtschaft jeder für gleiche Dienste das gleiche zahlen sollte. Aber

erstens verwechselt diese Logik Preis und Steuer, und zweitens hat auch in einer Marktwirtschaft keiner die Pflicht zu zahlen, was er sich nicht leisten kann. Die öffentliche Meinung hielt die Kopfsteuer für so ungerecht, daß die Regierung sich damit auseinandersetzte. Die Revolution gegen Frau Thatcher begann, und sie wurde endlich abgesetzt.

Es gab in den letzten elf Jahren Momente, da man sogar als Christ nicht mehr richtig zwischen Propaganda und Wahrheit unterscheiden konnte. Was sollte man zum Beispiel denken, wenn Frau Thatcher selbst im Jahr 1988 auf der Generalversammlung der Schottischen Kirche predigte? Die Kirchen haben geholfen, das Evangelium als Wort Gottes mitten in der politischen Situation lebendig zu halten. Sie haben das Volk ermutigt, die wahre Botschaft des Evangeliums zu hören, daß Jesus für die Armen, für die Fremden und für die Vertriebenen immer da ist und daß er von uns als Christen, soweit wie möglich, das gleiche verlangt. Vor allem haben die Kirchen den Geist der Hoffnung lebendig gehalten, damit die Zukunft von denen, die an Gottes Gerechtigkeit glauben, nicht vergessen wurde.

Toni Bernet-Strahm

Strukturelle Umkehr: die Petition „Entwicklung braucht Entschuldung“

„Helvetia docet“ – und es ist zu hoffen, daß möglichst bald möglichst viele Industrieländer dem Beispiel der Schweiz folgen, die aus Anlaß ihrer 700-Jahre-Feier eine wirklich spürbare Entschuldung von Ländern der Dritten Welt startet. red

„In jedem 7. Jahr sollt ihr alle Schulden erlassen . . .“, forderte das Alte Testament von den Israeliten (vgl. Dt 15, 1ff und Lev 25). Die Idee eines vorgeschriebenen Forderungsverzichts findet sich in der Bibel in den verschiedenen Formen des Sabbat-, Erlaß- oder Halljahres. All diese Regelungen lassen sich auf einen gleichen Grundgedanken zurückführen: Armut darf sich nicht strukturell verfe-

stigen; es braucht institutionelle Mechanismen, welche Abhängigkeiten wieder aufbrechen und Befreiung sowie Erweiterung von Entwicklungsspielraum mit sich bringen. Angesichts von Strukturen der Sünde ist „strukturelle Umkehr“ gefordert.

Im Blick auf die Dritte Welt kommt diesem Gedanken heute äußerste Aktualität zu. Die Last der Schulden hält viele Entwicklungsländer, darunter gerade auch die ärmsten Länder der Welt, in tödlicher Abhängigkeit. Während die Bevölkerung hungert, müssen alle Kräfte für den Export eingesetzt werden, um die Devisen für den Schuldendienst zu erwirtschaften. Der Spielraum für eine auf die Grundbedürfnisse der einheimischen Bevölkerung ausgerichtete Entwicklung verengt sich immer mehr.

Zu den Gläubigerländern gehört auch die Schweiz. Die beiden kirchlichen Hilfswerke Fastenopfer und Brot für Brüder (heute: Brot für alle) haben daher schon vor einigen Jahren – zusammen mit Iustitia et Pax und dem Sozialethischen Institut des Evangelischen Kirchenbundes – das „Projekt Entschuldung“ gestartet. Dieses vom Nationalfonds finanzierte Forschungsprogramm sollte die Verschuldung der ärmsten Dritt-Welt-Länder (vor allem in Afrika) studieren und eigenständige Initiativen der Schweiz zur Entschuldung dieser Länder abklären.

Daraus entstand dann die Petition „Entwicklung braucht Entschuldung“. Zu den Initianten stießen weitere wichtige schweizerische kirchliche und nicht-kirchliche Organisationen wie Caritas, Swissaid, Helvetas. Die Petition fordert Parlament und Bundesrat auf, einen Entschuldungsfonds zu errichten. Aus Anlaß der 700-Jahr-Feier der Schweiz im Jahr 1991 sollen 700 Mill. Franken für Entschuldung vor allem der ärmsten Länder zur Verfügung gestellt werden. Mit diesem Fonds sollen Schulden zurückgekauft und gegenüber den Schuldnerländern gestrichen werden. Dafür würden die Schuldnerländer verpflichtet, in Landeswährung einen sogenannten Gegenwertfonds zu eröffnen, mit dem Entwicklungsprojekte an der Basis zu finanzieren wären.

Vor allem in der Fastenzeit 1990 wurden während der Fasten-Aktion zum Thema „Gerechtigkeit befreit“ in der ganzen

Schweiz Unterschriften gesammelt. In vielen katholischen Pfarreien und reformierten Gemeinden wurden Vorträge und Podiumsgespräche zur Schuldenkrise organisiert. Die Petition wurde bei Pfarreiveranstaltungen, etwa an Suppentagen, Fasten-Treffen u. a., zum Unterschreiben aufgelegt. Ja es gelang vielerorts sogar, die Anliegen der Petition – spirituell und theologisch fundiert – in der Predigt aufzunehmen und anschließend nach dem Gottesdienst Unterschriften zu sammeln. Liturgie verknüpfte sich mit Diakonie. Viele Pfarrer und Priester, die sonst selten an Dritt-Welt-Veranstaltungen anzutreffen waren, ließen sich gründlich informieren. Fastenopfer und Brot für alle stellten dafür Dossiers und Medien zur Verfügung. Dadurch war aufgrund der Kenntnis der Zusammenhänge auch in den Kirchen vieles möglich, was noch vor Jahren als „zu politisch“ kritisiert worden wäre. Aufkommende Angriffe gegen die Petition, etwa in einem Inserat einer Schweizer Bank, hatten wenig Wirkung. Die Argumentation in den von den Hilfswerken erarbeiteten Unterlagen war sachlich und unpolemisch, kaschierte aber auch die Verflechtungen und Mitverantwortungen der Wirtschafts- und Finanzkreise der Industrieländer an der Schuldenkrise nicht. Die von der Petition vorgeschlagene Lösung wurde zudem nicht als die einzig mögliche „messianische“ Lösung dargestellt, im Gegenteil wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß zur Lösung der Schuldenkrise weitere und noch andere Maßnahmen nötig sind, die auf gerechtere weltwirtschaftliche Strukturen hinzielen. Durch diese heilsame Relativierung konnten viele falsche Polarisierungen vermieden werden. Als Grundtenor war oft zu vernehmen: Es gibt keine Alternative: angesichts der Schuldenkrise muß etwas versucht werden.

Innerhalb von knapp acht Monaten kamen so rund 250.000 Unterschriften zusammen. Ein für Schweizer Verhältnisse überwältigendes Echo! Doch damit mußten die parlamentarischen Hürden der zuständigen Petitions- und Außenwirtschaftskommissionen der eidgenössischen Räte erst noch überwunden werden. Hier war die bereits langjährige und koordinierte Arbeit der Hilfs-

werke im politischen Bereich von großer Hilfe. Bei ParlamentarierInnen und politischen Parteien wurde für das Anliegen der Petition geworben. Fachstudien zur Durchführung des Gegenwertfonds wurden vorbereitet, und zwar bereits in enger Zusammenarbeit mit dem eidgenössischen Departement für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEH). Es zeichnete sich immer mehr ab, daß die große Unterschriftenzahl, der Bezug zum 700-Jahre-Jubiläum der Schweiz und die zunehmende Erkenntnis der Problemlage der Schuldenkrise dazu beitrugen, daß die Petition in den zuständigen Kommissionen von National- und Ständerat positive Unterstützung erhielt.

In seiner Märzsession 1991 hat das Parlament auf Antrag des Bundesrates beschlossen, zum 700-Jahre-Jubiläum der Schweiz einen Rahmenkredit von 400 Mill. Franken zur Entschuldung und 300 Mill. Franken für ökologische Programme in der Dritten Welt zu genehmigen. Die genauen Abläufe und die technischen Verfahren einer „kreativen“ Entschuldung werden zur Zeit sowohl von den Hilfswerken wie auch von staatlicher Seite vorbereitet. Diese erfreuliche Entwicklung ist ein Erfolg der Entschuldungs-Petition, die ekklesiologisch als ein Beispiel politischer Diakonie interpretiert werden darf.

Kirchliche Diakonie im politischen Feld, speziell auf entwicklungspolitischer Ebene, braucht – das hat die Petition gezeigt – professionelle Sachkompetenz der spezifischen Organisationen. Aber es braucht ebenso politisch bewußte Christinnen und Christen (Amtsträger und Laien), die sich – von der Reich-Gottes-Verheißung spirituell motiviert – auf die Anliegen von Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung einlassen. Nicht immer sind die erreichten Ziele so positiv wie im Zusammenhang der Petition „Entwicklung braucht Entschuldung“. Aber auch das Ausharren in den Zeiten der Marginalisierung der politischen Diakonie gehört – theologisch gesprochen – zur geschichtlichen Vorbereitung des Kommens von Gottes gerechter Weltordnung.

Predigt

Egon Kapellari

Christlicher Glaube – die Kraft, die Leben und Kultur prägt*

Über den Portalen vieler Kathedralen Westeuropas stehen die steinernen Bildnisse jener fünf klugen Jungfrauen, von welchen das Evangelium erzählt. Ihr Antlitz zeigt fröhliche Erwartung, ihre Lampen brennen, sie sind bereit für das große Fest mit dem Herrn, dessen Kommen ihnen angekündigt ist.

Daneben stehen die fünf anderen, die törichten Jungfrauen, deren Lampen erloschen und zum Boden gekehrt sind. Ihr Antlitz ist geprägt von Enttäuschung, von Resignation.

Die Kirche liest das Gleichnis von diesen Jungfrauen nahe am Ende des Kirchenjahres. Wenn ein Jahr, ein Jahrhundert oder gar Jahrtausend zu Ende geht, dann sind allemal viele Menschen müde geworden, sind viele Ideen verbraucht und viele Projekte gescheitert. Das Öl ist ausgegangen, die Lampen sind erloschen.

Auch zur Zeit der Geburt Christi waren viele Gestalten des Lebens in Religion, Kultur und Politik alt und müde geworden. Das Kind von Bethlehem, der junge Mann von Nazareth – Gottes und der Menschen Sohn – hat eine greisenhafte Welt erneuert und will sie auch heute erneuern. Gott hat der Welt im Antlitz seines Sohnes Jesus Christus sein endgültiges Bild gezeigt. Es ist ein jugendliches Antlitz.

Europa ist ein Kontinent alter Kulturen. Nach Amerika ausgewanderte Europäer haben dem Mutterkontinent den Namen „Alte Welt“ gegeben. Seit langem nennt man das Gebiet Mittel- und Westeuropas das „Abendland“.

Europa, Alte Welt, Abendland – das darf aber nicht „müde Welt“, „erschöpfte Welt“ bedeuten. Jesus hat das Gleichnis von den klugen Jungfrauen erzählt, um seine Jünger, um die Kirche vor spiritueller Müdigkeit und

* Diese Predigt wurde erstmals abgedruckt in: Kärntner Kirchenzeitung v. 22. 11. 1987.